

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
**des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und
Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **26.08.2015**, 17:15 Uhr - 19:25 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Olaf Bloch (ab 18:04 Uhr), Peter Frings, Sven Gotthal, Richard-Michael Halberstadt, Jens Christian Heinemann (bis 17:52 Uhr), Klaus-Peter Richter, Jan-Christoph Wolber, Marc Würfel-Elberg,

von der SPD-Fraktion

Elke Haves, Marius Herwig, Kristian Kaiser, Thomas Kollmann, Ursula Lorocho,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dr. Brigitte Hasenjürgen, Christoph Kattentidt, Otto Reiners, Jörg Rostek,

von der FDP-Fraktion

Gisela Geschkewitz,

von der Fraktion DIE LINKE.

Martin Scholz,

auf Vorschlag der Fraktion Piraten/ÖDP

Heiko Philippski,

Sachkundige Einwohner/innen

Ahmad Alhamwi, Hedwig Chudziak, Otmar Knüvener, Gabriele Markerth, Arnold Voskamp,

von der Verwaltung

Stadträtin Cornelia Wilkens, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Marc Gottwald-Kobras, Felix Graf von Plettenberg, Dr. med. Norbert Schulze Kalthoff, Dr. Annette Siemer-Eikermann, Roswitha Sterz, Heiner Vogt, Petra Woldt,

für die Schriftführung

Barbara Hamisch,

Es fehlte/n:

Gaby Comos-Aldejohann, Yildirim Eroglu, Doris Feldmann, Claudia Grönefeld, Sieglinde Kersting, Teresa Küppers, Christel Loschelder, Karin Reismann, Sylvia Rietenberg, Martin Schofer, Petra Seyfferth, Harald Wölter,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung am 26.08.2015

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

- | | |
|--------------------------|---|
| | 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. Eingänge |
| | 3.2. Mitteilungen |
| | 4. Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0611/2015</u>
V | 5. Maßnahmen aufgrund der weiter ansteigenden Flüchtlingszahlen; hier: Neue zeitlich befristete Flüchtlingseinrichtungen in Systembauweise sowie Erweiterung von Containergebäuden an verschiedenen Standorten |
| <u>V/0618/2015</u>
V | 6. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung: Zusätzliche Finanzierungsbedarfe für die notwendige Möblierung von Übergangseinrichtungen für Flüchtlinge |
| <u>V/0621/2015</u>
IV | 7. Maßnahmenprogramm einer kind- und jugendbezogenen Armutsprävention in Münster |
| <u>V/0628/2015</u>
IV | 8. Verwendung vorhandener Mittel aus dem Landesmodellprojekt „Kein Kind zurück lassen!“ und der Bundesinitiative Frühe Hilfen |
| <u>V/0311/2015</u>
V | 9. Anregung gem. § 24 GO NRW; Nr.: 2014-00062 "Verantwortungsvolle Regulierung von Cannabis auf kommunaler Ebene" |

<u>V/0583/2015</u> V	10.	Perspektivzentrum - verbesserte Angebotsstruktur
<u>V/0554/2015</u> V	11.	Moratorium für Jobcenter-Sanktionen - Antrag der Fraktion DIE LINKE. an den Rat Nr. A-R/0038/2015
<u>V/0574/2015</u> V	12.	Basisinformationen Jobcenter Münster - Berichtsmonat Februar 2015
<u>V/0349/2015</u> IV	13.	Erfahrungsbericht der Schwangerschaftsberatungsstellen im Stadtgebiet Münster und Bericht über die Entwicklung des Sonderfonds "Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder zum Schutz des ungeborenen Lebens" für die Jahre 2013 und 2014
<u>V/0079/2015</u> V	14.	Kinder psychisch kranker Eltern
	15.	Verschiedenes

Herr Kollmann eröffnete um 17:15 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung. Er begrüßte im Namen aller Mitglieder Frau Stadträtin Cornelia Wilkens, die neue Beigeordnete des Dezernates für Soziales, Integration, Kultur und Sport und hieß sie herzlich willkommen.

Frau Wilkens bedankte sich für die Begrüßung und betonte ihre Bereitschaft, für Gespräche zur Verfügung zu stehen.

Die Mitglieder quittierten die Äußerungen mit Beifall.

Herr Kollmann begrüßte Frau Gisela Geschkewitz als neues stellvertretendes Mitglied auf Vorschlag der FDP-Fraktion und hieß sie ebenfalls herzlich willkommen.

Herr Kollmann stellte die ordnungsgemäße Einberufung des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung fest.

Punkt 1 der Tagesordnung Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Herr Kollmann verlas die Verpflichtungsformel und verpflichtete Frau Geschkewitz mit Handschlag.

Punkt 2 der Tagesordnung Festsetzung der Tagesordnung

Herr Kollmann schlug vor, die Tagesordnung wegen Anschlussterminen einiger Mitglieder so zu verändern, dass die Beschlussvorlagen einschließlich der nichtöffentlichen Beschlussvorlage zuerst beraten und sich die Berichtsvorlagen anschließen würden und außerdem die Vorlage V/0621/2015 „Maßnahmenprogramm einer kind- und jugendbezogenen Armutsprävention in Münster“ ohne Beschlussfassung zu schieben und an das nächste Gremium weiterzuleiten.

Widerspruch gegen diese Vorschläge wurde nicht erhoben. Die Tagesordnung wurde daher wie folgt festgesetzt:

Tagesordnung

für die Sitzung **des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung**

am Mittwoch, **26.08.2015**, 17:15 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Öffentlicher Sitzungsteil

- | | | |
|--------------------------------------|-----------|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 4. | Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0611/2015</u>
V
Beschluss | 5. | Maßnahmen aufgrund der weiter ansteigenden Flüchtlingszahlen; hier: Neue zeitlich befristete Flüchtlingseinrichtungen in Systembauweise sowie Erweiterung von Containergebäuden an verschiedenen Standorten |
| <u>V/0618/2015</u>
V
Beschluss | 6. | Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung: Zusätzliche Finanzierungsbedarfe für die notwendige Möblierung von Übergangseinrichtungen für Flüchtlinge |

Unterbrechung des öffentlichen Sitzungsteils für nichtöffentlichen Sitzungsteil

Nichtöffentlicher Sitzungsteil

- 1. Festsetzung der Tagesordnung**
- 2. Eingänge und Mitteilungen**
 - 2.1. Eingänge
 - 2.2. Mitteilungen
- 3. nichtöffentlich**
- 4. Verschiedenes**

Ende nichtöffentlicher Sitzungsteil und Wiederaufnahme öffentlicher Sitzungsteil

Öffentlicher Sitzungsteil

<u>V/0628/2015</u> IV Beschluss	7.	Verwendung vorhandener Mittel aus dem Landesmodellprojekt „Kein Kind zurück lassen!“ und der Bundesinitiative Frühe Hilfen
<u>V/0311/2015</u> V Beschluss	8.	Anregung gem. § 24 GO NRW; Nr.: 2014-00062 "Verantwortungsvolle Regulierung von Cannabis auf kommunaler Ebene"
<u>V/0583/2015</u> V Beschluss	9.	Perspektivzentrum - verbesserte Angebotsstruktur
<u>V/0554/2015</u> V Beschluss	10.	Moratorium für Jobcenter-Sanktionen - Antrag der Fraktion DIE LINKE. an den Rat Nr. A-R/0038/2015
<u>V/0574/2015</u> V Bericht	11.	Basisinformationen Jobcenter Münster - Berichtsmonat Februar 2015
<u>V/0349/2015</u> IV Bericht	12.	Erfahrungsbericht der Schwangerschaftsberatungsstellen im Stadtgebiet Münster und Bericht über die Entwicklung des Sonderfonds "Hilfen für Schwangere, Mütter und Kinder zum Schutz des ungeborenen Lebens" für die Jahre 2013 und 2014
<u>V/0079/2015</u> V Bericht	13.	Kinder psychisch kranker Eltern
	14.	Verschiedenes

Punkt 3 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung

Eingänge

Keine.

Frau Arnkens-Homann

- 3.2.1 nahm zur Situation beim Zuzug und der Unterbringung von Flüchtlingen Stellung. Die Stellungnahme ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 1**.
- 3.2.2 wies auf die Beschlussvorlage V/0511/2015 „Asylbewerber aus dem Kosovo“ hin, die am 27.08.2015 im Ausschuss für Personal, Organisation, Sicherheit, Ordnung und E-Government vorberaten und dem Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung für die Sitzung am 30.09.2015 zur Entscheidung vorgelegt wurde.
- 3.2.3 machte auf folgende Unterlagen aufmerksam, die die Mitglieder zur Sitzung erhalten hatten:
- Information zum Münster-Pass
 - Controllingbericht des Sozialamtes für Januar bis Juni 2015 mit Prognose bis Jahresende 2015
 - Niederschrift über die Sitzung des politischen Arbeitskreises Flüchtlinge, erweitert um die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung sowie Vertretungen von Bezirksvertretung und Ratsmitgliedern des Stadtbezirks Münster-Südost am 27.07.15

Herr Bierstedt

- 3.2.4 berichtete zur Ausschöpfung des Eingliederungstitels. Der Rat habe mit Beschluss vom 11.12.2013 festgestellt, dass nur eine vollständige Ausschöpfung des Eingliederungstitels ein zufriedenstellendes Ergebnis darstelle. Nach derzeitigen Erkenntnissen liege eine gute Ausschöpfung vor, so dass mit einer Teil- oder vollständigen Inanspruchnahme der Überbuchungsmittel – hier wurden ein Prozent des Eingliederungstitels, maximal 100.000,-- € angeführt – zu rechnen sei. Die Bitte sei, dies bereits in die haushaltsplanerischen Überlegungen mit einzubeziehen. Sobald Konkretisierungen vorgenommen werden könnten, werde dazu beschlussgemäß im Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung berichtet.
- 3.2.5 erläuterte die Aktualisierung der Dezernatsverfügung „Leistungen für die Unterkunft“ zum 01.08.2015. Änderungen im Miet- sowie Betriebskostenspiegel der Stadt Münster zum 01.04.2015 hätten es erforderlich gemacht, das Konzept zur Bestimmung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft für die Rechtskreise SGB II und SGB XII anzupassen. Die Anpassung/Umsetzung sei zum 01.08.2015 erfolgt. Es ergäben sich dadurch – abhängig von der Größe der Bedarfsgemeinschaft – erhöhte Richtwerte für die Angemessenheit der Unterkunft zwischen 13 € (1-Person-Haushalt) und knapp 34 € (7-Personen-Haushalt). Die ausführliche Mitteilung ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 2**.
- 3.2.6 informierte über die Drittmittelakquise des Jobcenters Münster. Die Information ist der Niederschrift beigelegt – **Anlage 3**.

Frau Woldt

3.2.7 berichtete über den Sachstand des Neubauvorhabens am Klarastift mit einer Tagespflegeeinrichtung und 10 Seniorenwohnungen. Herr Knüvener bat darum, das Projekt in der Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen vorzustellen. Frau Woldt sagte dies zu.

Punkt 4 der Tagesordnung	Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses
---------------------------------	---

Herr Kaiser brachte folgende Anträge der SPD-Fraktion ein:

- **Belange homo- und transsexueller Flüchtlinge in den Blick nehmen**

Die Verwaltung wird gebeten,

- I. in einem Bericht darzustellen, inwieweit die Belange homo- und transsexueller Flüchtlinge durch das aktuelle Verwaltungshandeln im Hinblick auf die Flüchtlingsunterbringung in Münster berücksichtigt werden,
- II. darzustellen, welchen Bedarf die Verwaltung sieht, ein spezielles Maßnahmenprogramm für diese Zielgruppe zu entwickeln und zu realisieren,
- III. vorzuschlagen, welche konzeptuellen Maßnahmen ergriffen und unterbringungstechnische Möglichkeiten vorgesehen werden können, um dieser Zielgruppe und ihren speziellen Bedürfnissen gerecht zu werden.

- **Abflussbericht EGT**

Die Verwaltung wird beauftragt, zu jeder Sitzung des Ausschusses einen maßnahmenscharfen Abflussbericht der EGT-Mittel vorzulegen.

Herr Philippski machte darauf aufmerksam, dass hinsichtlich der Belange homo- und transsexueller Flüchtlinge ein ähnlicher Antrag der Ratsgruppe PIRATEN/ÖDP im Rat eingebracht worden sei.

Herr Gotthal richtete die Frage an die Verwaltung, ob sich das Sozialamt nicht auch ohne einen entsprechenden Antrag des Themas annehmen würde.

Frau Arnkens-Homann stellte für die nächste Sitzung zunächst einen mündlichen Bericht unter Mitteilungen in Aussicht. Dieser Vorschlag stieß auf Zustimmung.

Bezüglich des in dem Antrag der SPD-Fraktion aufgeführten maßnahmenscharfen Abflussberichts der EGT-Mittel schlug Herr Reiners alternativ eine komprimierte Aufstellung vor. Herr Kaiser erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Widerspruch hiergegen wurde nicht erhoben.

**Punkt 5 der Tagesordnung
V/0611/2015**

**Maßnahmen aufgrund der weiter ansteigenden
Flüchtlingszahlen; hier: Neue zeitlich befristete
Flüchtlingseinrichtungen in Systembauweise so-
wie Erweiterung von Containergebäuden an ver-
schiedenen Standorten**

Frau Geschkewitz bat um Aufnahme folgender Notiz in die Niederschrift:

**Die FDP wird einen Antrag zu der Finanzierung von Deutschkursen für
Flüchtlinge stellen.**

Herr Kaiser brachte folgenden Antrag der SPD-Fraktion ein:

Füge ein als neuen Beschlusspunkt unter I. Sachentscheidungen

**5. Die Verwaltung wird gebeten, dem Land Nordrhein-Westfalen alle geeigneten
Liegenschaften auf dem Gebiet der Stadt Münster als mögliche Landeseinrich-
tung anzubieten, um sicherzustellen, dass eine Unterbringung von Flüchtlingen
in Zelten möglichst vermieden wird.**

Frau Arnkens-Homann beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss einstimmig zunächst den Antrag der SPD-Fraktion und anschließend die Vorlage in der Fassung des Änderungsantrages und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Auf folgenden Standorten werden vorübergehend Flüchtlingseinrichtungen in einer Holzrahmenbauweise mit jeweils 100 Plätzen errichtet und betrieben:
 - Gronowskistraße, Stadtteil Gievenbeck, auf der Gemeinbedarfsfläche neben Spielplatz und Kindertageseinrichtung St. Michael III (Anlage 1),
 - Dahlweg, Stadtteil Schützenhof, gegenüber Ford-Fischer, östlich citeq (Anlage 2) und
 - Robert-Bosch-Straße, Am Dreieckshafen, Stadtteil Hilstrup (Anlage 3).

Die Dringlichkeitsentscheidung D/0015/2015 vom 12.08.2015 (Maßnahmen aufgrund der weiter ansteigenden Flüchtlingszahlen; hier: Finanzierung und Aufträge zum Bau neuer zeitlich befristeter Flüchtlingseinrichtungen in Holzrahmenbauweise) wird gemäß § 60 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen genehmigt.

2. Mit der Errichtung der Gebäude wird wegen der äußersten Dringlichkeit ein fachkundiges, leistungsfähiges und zuverlässiges Unternehmen im Wege eines nationalen freihändigen Verfahrens beauftragt. Das Verfahren wurde mit einer Dringlichkeitsentscheidung angestoßen, wobei der Vergabeausschuss den Zuschlag erteilt hat. Die Gebäude werden schlüsselfertig zur Verfügung gestellt, durch die Stadt Münster angekauft und mit dem notwendigen Mobiliar sowie den erforderlichen beweglichen Einrichtungsgegenständen ausgestattet.
3. Die am 25.03.2015 und 17.06.2015 zum vorübergehenden Betrieb beschlossenen Flüchtlingseinrichtungen in Pavillonbauweise mit jeweils 50 Plätzen an den Standorten

- Mecklenbeck, Hafkhorst (Anlage 4) und
- Amelsbüren, Landsberger Straße / Deermannstraße (Anlage 5),

werden in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen der verfügbaren Grundstücke in Pavillon- oder Holzrahmenbauweise bis zu einer maximalen Platzzahl von jeweils insgesamt 100 erweitert.

4. Für die Betreuung dieser vorläufigen Unterbringungslösungen werden mit Betriebsbeginn zusätzliche Mitarbeiter/-innen im Umfang von 4,00 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) EGr. S 12 für Sozialarbeiter/-innen bzw. Sozialpädagogen/-innen und 4,00 VZÄ EGr. 4 für Hauswarte befristet für 3 Jahre ab Inbetriebnahme zunächst überplanmäßig eingesetzt. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die im Jahr 2014 im Amt für Immobilienmanagement befristet eingerichtete Stelle (0,5 VZÄ EGr. 10) zur Beschaffung und Anmietung von Flüchtlingseinrichtungen auch weiterhin benötigt wird. Darüber hinaus werden im Amt für Immobilienmanagement zusätzliche Mitarbeiter/-innen im Umfang von 2,0 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) EGr. 9 und EGr. 11 befristet für die Dauer von 2 Jahren für diese Einrichtungen und die Betreuung des zwischenzeitlich erheblich erweiterten Bestandes zunächst überplanmäßig eingesetzt.
5. **Die Verwaltung wird gebeten, dem Land Nordrhein-Westfalen alle geeigneten Liegenschaften auf dem Gebiet der Stadt Münster als mögliche Landeseinrichtung anzubieten, um sicherzustellen, dass eine Unterbringung von Flüchtlingen in Zelten möglichst vermieden wird.**

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen folgende zusätzliche Haushaltsbelastungen, die bisher nicht veranschlagt sind:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2015	40.000	1,0 * EGr. 9
			2016 ff.	159.970	0,5 * EGr. 10 1,0 * EGr. 11
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Zeile	11	Personalaufwendungen	2015	95.130	4,0 * EGr. S 12
			2016 ff.	380.520	sowie 4,0 * EGr. 4
Zeile	15	Transferaufwendungen	2015	4.000	Integrations- hilfen
			2016 ff.	16.000	
Zeile	16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2015	241.980	Mobiliar/ Einrichtung > 410 €
Insgesamt:			2016 ff.	556.490	2015: 381.110 €

Teilfinanzplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe			
Investitionsmaßnahme		Ausstattung von Flüchtlingsseinrichtungen			
Auszahlungen Zeile	08	Auszahlungen für Baumaßnahmen	2015	5.950.000	D/0015/2015
Auszahlungen Zeile	09	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2015	175.160	Mobiliar/ Einrichtung > 410 €
Summe aller Auszahlungen/Saldo				6.125.160	

Den Berechnungen der laufenden Aufwendungen liegt die Annahme zugrunde, dass die vorübergehenden Flüchtlingsseinrichtungen in Holzrahmenbauweise zum Ende des vierten Quartals des laufenden Jahres in Betrieb genommen werden. Danach werden die Aufwendungen als laufende jährliche Kosten fortgeschrieben.

Die Personalaufwendungen wurden auf der Basis der durchschnittlichen städtischen Personalkosten für die jeweils vorgesehene Eingruppierung ermittelt. Dabei werden die benötigten Personalressourcen zunächst befristet für 3 Jahre schnellstmöglich bzw. ab Einstellung bzw. Inbetriebnahme der neuen Kapazitäten überplanmäßig eingesetzt. Zum Stellenplan 2016 wird die Verwaltung für den absehbaren Bedarf die notwendigen Stellenvermehrungen vorschlagen.

Für den Bau der Gebäude in einer Holzrahmenbauweise durch ein fachkundiges, leistungsfähiges und zuverlässiges Unternehmen sowie begleitende Arbeiten wird eine Investition von 5.950.000 € getätigt. Eine dem Vergaberecht entsprechende Auftragsvergabe im Wege eines freihändigen nationalen Verfahrens hat die Verwaltung nach Unterzeichnung der Dringlichkeitsentscheidung auf der Grundlage des Beschlusses des Vergabeausschusses veranlasst. Werden die Standorte im Beratungsverlauf geändert und kommt es dadurch zu Verzögerungen in der Abnahme, z. B. weil sich andere Voraussetzungen durch die Beschaffenheit des Baugrunds an einem Alternativstandort ergeben, können Mehrausgaben entstehen, die wegen der besonderen Dringlichkeit jedoch in Kauf genommen werden.

Zu den angegebenen Baukosten kommen in Abhängigkeit von den Voraussetzungen an den jeweiligen Standorten ggf. noch Kosten für die technische Erschließung. Sofern diese nicht innerhalb der veranschlagten Summe gedeckt werden können, sind sie ergänzend zur Verfügung zu stellen. Die kalkulierten Ausgaben für die Herrichtung und Gestaltung der Außenanlagen orientieren sich am Standard der zuletzt geplanten zeitlich befristeten Flüchtlingsseinrichtungen. Die veranschlagten Auszahlungen für Mobiliar und Einrichtungsgegenstände der Gebäude entsprechen dem üblichen Standard der städtischen Flüchtlingsseinrichtungen. Bau und Einrichtung der vorgeschlagenen Maßnahmen werden voraussichtlich bis Ende des 4. Quartals 2015 umgesetzt.

Es wird angestrebt, die im Jahr 2015 entstehenden zusätzlichen laufenden Aufwendungen im Gesamthaushalt aufzufangen. Der Rat stimmt den hierzu erforderlichen Umschichtungen über das Instrument der über- bzw. außerplanmäßigen Mittelbereitstellung nach § 83 GO NRW zu. Die vorläufige Deckung erfolgt durch entsprechende Minderaufwendungen in der Produktgruppe 0502 „Sicherung des Lebensunterhalts“. Eine endgültige Deckung ist voraussichtlich durch eine Nachtragssatzung herbeizuführen. Dasselbe gilt für die investiven Auszahlungen für den

Erwerb von beweglichem Anlagevermögen. Die Auszahlungen für die Baumaßnahme wurden bereits mit der Dringlichkeitsentscheidung D/0015/2015 außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0618/2015**

**Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung:
Zusätzliche Finanzierungsbedarfe für die notwendige Möblierung von Übergangseinrichtungen für Flüchtlinge**

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage ohne Aussprache einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

Die Dringlichkeitsentscheidung für die Mittelbereitstellung zusätzlicher Finanzierungsbedarfe für die notwendige Möblierung von Übergangseinrichtungen für Flüchtlinge wird gemäß § 60 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen genehmigt.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0628/2015**

Verwendung vorhandener Mittel aus dem Landesmodellprojekt „Kein Kind zurück lassen!“ und der Bundesinitiative Frühe Hilfen

Herr Vogt beantwortete Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die nachfolgend beschriebenen Maßnahmen im Kontext des Landesmodellprojektes „Kein Kind zurücklassen! – Kommunen in NRW beugen vor“ und der „Bundesinitiative Frühe Hilfen“ werden beschlossen und mit den hinterlegten Finanzmitteln durchgeführt.
2. Die Verwaltung wird dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien zu den Haushaltsberatungen für das Jahr 2018 einen Fachbericht zu den Handlungsprogrammen vorlegen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Für die präventiven Maßnahmen und Angebote im Kontext der Bundesinitiative „Frühe Hilfen“ und des Landesmodells „Kein Kind zurücklassen!“ stehen bereits etatisierte Mittel in Höhe von 206.500 Euro zur Verfügung.

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0604	Familienförderung	2015	47.500 €	„Kekiz“
			2015	28.000 €	„Frühe Hilfen“

			2016	75.500 €	„Frühe Hilfen“
			2017	55.500 €	„Frühe Hilfen“
Zeile 15		Transferaufwendungen			

Summe:

206.500 €

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0311/2015**

**Anregung gem. § 24 GO NRW; Nr.: 2014-00062
"Verantwortungsvolle Regulierung von Cannabis
auf kommunaler Ebene"**

Herr Graf von Plettenberg stellte die Vorlage vor.

Herr Reiners brachte einen gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE. und der Ratsgruppe PIRATEN/ÖDP ein, der einen von der Vorlage abweichenden Beschlussvorschlag enthält. Der Antrag ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 4**.

Frau Geschkewitz stellte für die FDP-Fraktion folgenden Ergänzungsantrag:

Der Änderungsantrag wird wie folgt erweitert:

1. [...] Hierzu wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob und wie ein entsprechendes wissenschaftliches Forschungsprojekt in Münster realisiert **oder in bestehende / laufende Forschungsprojekte integriert** werden kann.
2. – 3. [...]

Im Anschluss an eine ausführliche Diskussion einigten sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE., die Ratsgruppe PIRATEN/ÖDP und die FDP-Fraktion darauf, den Änderungsantrag um die von der FDP vorgeschlagene Ergänzung zu erweitern und über den gemeinsamen Antrag in der folgenden Fassung abzustimmen:

1. Die Stadt Münster setzt sich dafür ein, dass ein wissenschaftliches Forschungsprojekt zu einer kontrollierten Abgabe von Cannabis unter medizinischen, gesundheitlichen und sozialen Aspekten sowie unter Einhaltung des Jugendschutzes ermöglicht wird. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob und wie ein entsprechendes wissenschaftliches Forschungsprojekt in Münster realisiert oder in bestehende / laufende Forschungsprojekte integriert werden kann.
2. Die Verwaltung wird zudem gebeten, eine Fachkonferenz zum Thema „Verantwortungsvolle Regulierung von Cannabis auf kommunaler Ebene“ unter Beteiligung aller relevanten Akteur/innen wie den Trägern der Drogen- und Suchthilfe, Expert/innen zum Thema Drogen und Sucht, Polizei und Ordnungsbehörde und den Fachpolitiker/innen der Ratsfraktionen durchzuführen.

Ergebnis der Fachkonferenz soll die Entwicklung einer kommunalen Handlungsstrategie für den verantwortungsvollen Umgang mit dem Thema Cannabis sein sowie die Entwicklung eines Antrags auf ein Forschungsprojekt zu einer kontrollierten Abgabe von Cannabis unter medizinischen, gesundheitlichen und sozialen Aspekten.

3. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, insbesondere auf Ebene der kommunalen Spitzenverbände die zukünftige Entwicklung und Bestrebungen zur Entkriminalisierung des Cannabiskonsums aktiv zu begleiten und hieraus weitere Konsequenzen für Münster abzuleiten.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss den Antrag mehrheitlich (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE., PIRATEN/ÖDP, FDP) bei Gegenstimmen (CDU).

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung die Vorlage in der Fassung des beschlossenen Ergänzungsantrages einstimmig bei Stimmenthaltungen (CDU) und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

1. Die Stadt Münster setzt sich dafür ein, dass ein wissenschaftliches Forschungsprojekt zu einer kontrollierten Abgabe von Cannabis unter medizinischen, gesundheitlichen und sozialen Aspekten sowie unter Einhaltung des Jugendschutzes ermöglicht wird. Hierzu wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob und wie ein entsprechendes wissenschaftliches Forschungsprojekt in Münster realisiert oder in bestehende / laufende Forschungsprojekte integriert werden kann.
2. Die Verwaltung wird zudem gebeten, eine Fachkonferenz zum Thema „Verantwortungsvolle Regulierung von Cannabis auf kommunaler Ebene“ unter Beteiligung aller relevanten Akteur/innen wie den Trägern der Drogen- und Suchthilfe, Expert/innen zum Thema Drogen und Sucht, Polizei und Ordnungsbehörde und den Fachpolitiker/innen der Ratsfraktionen durchzuführen.

Ergebnis der Fachkonferenz soll die Entwicklung einer kommunalen Handlungsstrategie für den verantwortungsvollen Umgang mit dem Thema Cannabis sein sowie die Entwicklung eines Antrags auf ein Forschungsprojekt zu einer kontrollierten Abgabe von Cannabis unter medizinischen, gesundheitlichen und sozialen Aspekten.

3. Die Verwaltung wird darüber hinaus beauftragt, insbesondere auf Ebene der kommunalen Spitzenverbände die zukünftige Entwicklung und Bestrebungen zur Entkriminalisierung des Cannabiskonsums aktiv zu begleiten und hieraus weitere Konsequenzen für Münster abzuleiten.

Punkt 9 der Tagesordnung V/0583/2015

Perspektivzentrum - verbesserte Angebotsstruktur

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage ohne Aussprache einstimmig und empfahl dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Der Rat stimmt der in der Begründung beschriebenen konzeptionellen und strukturellen Ausrichtung des Perspektivzentrums des Jobcenters zu.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Aufgrund der Refinanzierung des Perspektivzentrums aus Bundesmitteln ergeben sich für den städtischen Haushalt keine Auswirkungen.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0554/2015**

**Moratorium für Jobcenter-Sanktionen - Antrag der
Fraktion DIE LINKE. an den Rat Nr. A-R/0038/2015**

Herr Scholz verlas folgende Erklärung zum Protokoll:

Wenn ein Sozialgericht die Kürzung des Arbeitslosengeldes II unterhalb des Existenzminimums für verfassungsrechtlich bedenklich hält und diese Frage dem Bundesverfassungsgericht vorlegt, dann ist das keine Kleinigkeit. Es zeigt an, dass die Frage eben nicht verfassungsrechtlich schon geklärt ist. Hilfsweise juristische Einschätzungen anderer Gerichte ersetzen nicht das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Daher halten wir es für angebracht, dass die kommunale Vertretung der Bürgerinnen und Bürger von Münster das Städtische Jobcenter auffordert, alle Ermessensspielräume (siehe Punkt 3 unseres Antrags) im Sinne eines Sanktionsmoratoriums bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zu nutzen. Es handelt sich bei unserem Antrag um eine Zielvorgabe an das Verwaltungshandeln des Jobcenters im Rahmen des Bundesgesetzes. Eine Weisung des Landes, kein Moratorium umzusetzen ist bisher nicht erfolgt. Unseres Erachtens hat die gewählte kommunale Vertretung der Bürgerinnen und Bürger von Münster das legitime Recht, seiner Verwaltung eigene Zielvorstellungen bei der Umsetzung des Bundesrechtes im Rahmen ihrer verwaltungshoheitlichen Ermessensentscheidungen deutlich zu machen.

Herr Kaiser brachte einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ein. Der Antrag ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 5**.

Herr Gotthol beantragte, die Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen und in der nächsten Sitzung zu beraten. Der Vorschlag fand Zustimmung. Die Beratung des Änderungsantrages wurde ebenfalls für die nächste Sitzung vorgesehen.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung setzte die Vorlage von der Tagesordnung ab und beschloss eine Aussprache in der nächsten Sitzung.

**Punkt 11 der Tagesordnung
V/0574/2015**

**Basisinformationen Jobcenter Münster - Berichts-
monat Februar 2015**

Herr Bierstedt beantwortete Fragen der Mitglieder und wies auf das zur Sitzung verteilte Glossar mit häufig verwendeten Abkürzungen der Grundsicherungs- und Arbeitsmarktstatistik hin. Das Glossar ist der Niederschrift beigefügt – **Anlage 6**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0349/2015**

**Erfahrungsbericht der Schwangerschaftsbera-
tungsstellen im Stadtgebiet Münster und Bericht
über die Entwicklung des Sonderfonds "Hilfen für
Schwangere, Mütter und Kinder zum Schutz des
ungeborenen Lebens" für die Jahre 2013 und 2014**

Herr Vogt stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Auf zwei von Herrn Kaiser gestellte Fragen sagte Herr Vogt die Beantwortung im Rahmen des Protokolls zu. Die Fragen mit den entsprechenden Antworten sind der Niederschrift beigefügt – **Anlage 7**.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0079/2015**

Kinder psychisch kranker Eltern

Frau Dr. Siemer-Eikermann stellte den Bericht vor. Sie und Herr Dr. Schulze Kalthoff beantworteten Fragen der Mitglieder.

Der Ausschuss für Soziales, Stiftungen, Gesundheit, Verbraucherschutz und Arbeitsförderung nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 14 der Tagesordnung

Verschiedenes

Wortmeldungen lagen nicht vor.

gez.
Thomas Kollmann
Vorsitz

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführung